

## **Erklärung des Hanauer Sozialforum - Bündnis gegen Sozialabbau zur Krise bei der Hanauer Straßenbahn**

Das Hanauer Sozialforum lehnt die Privatisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur grundsätzlich ab. Wir vertreten die Ansicht, daß diese Aufgaben durch den Öffentlichen Dienst besser gelöst werden können als durch Markt und Billigkonkurrenz. Die jetzt offen zutage getretene Finanzierungskrise des Nahverkehrs in Hanau bestätigt unsere Argumente. Die Krise ist Folge einer im Ansatz falschen Privatisierungspolitik, die die Mehrheitsparteien im Rathaus seit 2002 betreiben.

Diese Krise ist Teil der Unterfinanzierung des gesamten Öffentlichen Dienstes durch eine verheerende Steuerpolitik aus Berlin, die die ständig steigenden Gewinne der Unternehmen immer mehr von der Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Aufgaben freigestellt hat. Dazu kommt der Privatisierungsdruck aus Berlin und Brüssel. Diese Politik produziert neben vermeintlichen Gewinnern vor allem viele Opfer. Letztere sind vor allem die Beschäftigten - entweder weil ihr Betrieb geschlossen wird oder weil ihnen mehr Arbeitshetze zugemutet und Lohnverzicht abgepreßt werden. Für die Fahrgäste steht die Qualität der flächendeckenden Versorgung mit Buslinien auf dem Spiel.

Es ist sinnvoll, für die gescheiterte Marktstrategie der Geschäftsführung der Hanauer Straßenbahn/Kraftverkehr Kinzigtal die Verantwortlichen haftbar zu machen, aber neue Köpfe an der Spitze helfen noch nicht weiter. Es ist ebenfalls sinnvoll, sich nun im Nahverkehr auf ein "In-House"-Konzept zu konzentrieren und dafür die Voraussetzungen zu schaffen. Dazu gehört auch, die bisherigen, in Ausschreibungen durch teils zweifelhafte Methoden erworbenen auswärtigen Aufträge von HSB und KVK umgehend und mit geringstmöglichem Schaden zurück zu geben.

Zu befürchten ist aber, daß angesichts der Finanzlage der Stadt das Liniennetz künftig nach Kassenlage ausgedünnt wird. Nicht zu akzeptieren ist ferner, daß eine besondere Gesellschaft gegründet wird, die ausschließlich Neueinstellungen von Busfahrern unter dem bisher geltenden Tarif vornehmen soll. Dies widerspricht dem Grundsatz: "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!" Das Sozialforum fordert den Magistrat auf, sicher zu stellen, daß nicht die jetzige Belegschaft und künftig einzustellende Arbeitskräfte die Lasten tragen müssen, für die sie nicht verantwortlich sind.

Grundsätzlich fordert das Sozialforum eine völlige Abkehr von der Politik der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen, die Rekommunalisierung der bisher privatisierten städtischen Einrichtungen und die Auflösung der städtischen Holding. Der Markt ist nicht die Lösung, sondern die Ursache der Krise.

Die Probleme sind vor Ort allein nicht zu lösen. Gesamtgesellschaftliches Umdenken ist notwendig. Wir fordern den Magistrat auf, in den kommunalen Spitzenverbänden, bei der Landes- und bei der Bundesregierung für eine Erhöhung der Unternehmenssteuern und eine drastische Anhebung des Anteils der Gemeinden am Steueraufkommen einzutreten, um kommunale Investitionen in soziale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge zu gewährleisten.

*beschlossen am 14. März 2006*